



NEWSLETTER 01/2013

FORUM|MIGRATION



paula_dlausen / photocase.com

Hürden bei Bildung und Ausbildung

Ein Grund ist mangelnde Anerkennung

Ende letzten Jahres veranstalteten zwei Gewerkschaften Tagungen zu migrationspolitischen Themen: Die IG Metall traf sich zu ihrer 9. Bundesmigrationskonferenz und die IG BCE zu ihrer 42. Recklinghäuser Tagung. Hier wurde deutlich, dass beim Zugang zu Bildung und Ausbildung Migrantinnen und Migranten größere Hürden zu überwinden haben als Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft.

Das Vorstandsmitglied der IGM, Christiane Benner, verwies mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund darauf, dass „Diskriminierung die Erwerbsbiografien von immerhin rund 20 Prozent der Bevölkerung“ begleitet. Das reicht von ungerechten Bildungschancen im dreigliedrigen Schulsystem bis zu einer strukturellen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Die IG BCE forderte ein zukunftsfähiges Bildungswesen, das Kinder aus materiell benachteiligten Familien nicht frühzeitig aussortiert. Der Zugang zu Bildung dürfe nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen, so der stellvertretende IG BCE-Vorsitzende,

Ulrich Freese. Denn dies benachteilige oft Kinder aus Migrantenfamilien.

Auf eine bemerkenswerte Konstellation wies die IG Metall hin. Wenn in den Unternehmen Fachkräfte fehlen, versuchen sie diese im Ausland anzuwerben, anstatt denjenigen, die hier sind, eine Chance zu geben, einen Abschluss nachzuholen. Dies verweist auf eine mangelnde Wertschätzung der vielfältigen Menschen, die hier sind. Eine solche fehlende Anerkennung erleben und empfinden Zuwanderer oft sehr persönlich. Als im Jahr 2009 einer Umfrage zufolge über ein Drittel der türkeistämmigen Akademiker und Studierenden in Betracht zog in die Türkei auszuwandern, wurde als ein zentraler Grund mangelndes Heimatgefühl genannt. Dies wiederholt sich auch auf der politischen Ebene und äußert sich zum Beispiel in dem fehlenden kommunalen Wahlrecht für Drittstaatsangehörige oder auch in der Optionspflicht.

Das Statement von Christiane Benner im Wortlaut unter:
www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xls/9-bundesmigrationskonferenz-vom-29-bis-30-november-in-kassel-10970.htm sowie unter:
www.migration-online.de/bmk_2012

INHALT 01/2013

Hürden bei Bildung und Ausbildung	1
Praktikum für muslimische Studentinnen	2
Muslime und wie sie gesehen werden	2
Migrationshintergrund und allgemein bildender Abschluss	2
Ein Beispiel, das Gewerkschaft lebt	3
Lob und konkrete Vorschläge	3
11. bis 24. März	3
Die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern – Kommentar von Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der GEW	4
Feiertage	4



Praktikum für muslimische Studentinnen

Projekt des Interkulturellen Rats im Rhein-Main-Gebiet

Der Interkulturelle Rat (IR) startete Mitte November 2012 ein Projekt unter dem Motto „Vermittlung von Praktikumsplätzen an muslimische Studentinnen im Rhein-Main-Gebiet“. Dieses soll den Betroffenen dabei helfen, einen Praktikumsplatz zu finden. Der Geschäftsführer des IR, Torsten Jäger, kritisiert, dass muslimische Studentinnen häufig keinen Praktikumsplatz erhalten, auch bei „vergleichbarer Quali-

fikation und Studienleistungen. Besonders schwierig gestaltet sich die Situation für muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen“. Jürgen Micksch, Vorsitzender des IR fügt hinzu: „Wir wollen dazu beitragen, dass kluge Köpfe eine faire Chance erhalten.“

Die Situation ist also auf doppelte Weise problematisch. Einerseits ist das Absolvieren eines Praktikums oftmals Teil des Studiums und auch Schlüssel für den erfolgreichen Übergang in den Beruf. Andererseits bleiben – wenn die Möglichkeit des Praktikums ver-

wehrt wird – letztlich Fähigkeiten ungenutzt, die das Land braucht.

Ziel des Projekts – das vom Bundesministerium des Innern gefördert wird – ist es, Unternehmen und Einrichtungen davon zu überzeugen, muslimische Studentinnen bei der Vergabe von Praktikumsplätzen gleichberechtigt zu berücksichtigen.

Weitere Informationen findet man im Netz unter:
www.interkultureller-rat.de

Muslime und wie sie gesehen werden

Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Eine ablehnende Haltung gegenüber „dem Islam“ ist in der deutschen Gesellschaft weit verbreitet. Die undifferenzierte Betrachtung sorgt für ein Bedrohungsempfinden, das von bestimmten Kreisen noch geschürt wird. Eine sachliche Diskussion und Betrachtungsweise ist deshalb längst überfällig. Abhilfe soll hier eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) schaffen, die sich mit ausgrenzenden Islam- und Muslimbildern auseinandersetzt und analysiert, in wie weit diese die „tatsächlichen Integrationsverläufe der Zuwanderung“ negativ beeinflussen. Obwohl in Deutschland ein verhaltener Optimismus gegenüber Zuwanderung und Vielfalt herrscht, steht

Deutschland gleichzeitig im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe, wenn es um Islamfeindlichkeit geht. Dieses Paradoxon lässt sich überspitzt wie folgt darstellen: Vielfalt ja, aber ohne Muslime.

Fünf Prozent der in Deutschland lebenden Menschen sind Muslime. Diese werden jedoch, laut Studie, im Bezug auf Zugehörigkeit weit gehend ausgeschlossen. Dabei beherrschen sowohl Unterwanderungs- und Islamierungsängste, als auch fehlende Emanzipation und Frauenunterdrückung das Bild. Diese äußern sich dann in konkreten Debatten um das Kopftuch, den Terrorismus oder gewalttätige Jugendliche. Diese Vorurteile sind stark ausgeprägt und weit verbreitet. Unter dem Deckmantel der „Integrations-

debatte“ sickern diese Stereotypen vermehrt auch in die Mitte der Gesellschaft ein. Gerade die Mitte der Gesellschaft ist jedoch für eine gelungene Integration von zentraler Bedeutung.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich das stark defizitärt geprägte öffentliche Bild „der Muslime“ in Deutschland nicht mit dem Sachstand der tatsächlich messbaren Integrationserfolge, wie sie von Forschungseinrichtungen und -instituten erhoben und analysiert werden, deckt.

Die Studie kann auf der Seite der Friedrich-Ebert-Stiftung heruntergeladen werden:
www.fes.de

Migrationshintergrund und allgemein bildender Abschluss

Bevölkerung im Alter von 30 bis 35 Jahren nach allgemein bildendem Abschluss – Migrationshintergrund in Prozent 2005 und 2010

Migrationshintergrund	Hauptschule	POS*	Mittlerer Abschluss	Hochschulreife	ohne Abschluss
2005					
ohne	21,3	12,9	26,9	36,7	1,5
mit	35,5	0,5	22,1	29,8	11,0
2010					
ohne	18,5	0,0	35,3	44,1	1,7
mit	30,3	0,0	24,2	34,3	10,2

Bevölkerung insgesamt (25 bis unter 65 Jahre) 2010

ohne	29,4	12,6	24,8	31,0	1,6
mit	32,5	0,9	21,2	30,2	14,0

Quelle der Daten: Bildung in Deutschland 2012 (Bildungsbericht 2012) Sondertabellen im Internet (B5-9web und B5-11web). Daten: Mikrozensus

* POS = Polytechnische Oberschule (der DDR)

Der Trend einer Verbesserung der formalen Bildungsabschlüsse zeigt sich auch bei Menschen mit Migrationshintergrund. So sind die Anteile derjenigen, die einen mittleren und hohen Abschluss machen, gestiegen. Allerdings bleibt der Abstand zu den Abschlüssen der Mehrheitsbevölkerung. Außerdem

muss zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen unterschieden werden. So liegt die Quote derjenigen ohne Abschluss bei Migrantinnen und Migranten mit türkischem Hintergrund bei 19 Prozent (2010).

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wird deutlich, dass die Generation der 30- bis 35-Jährigen mit Migrationshintergrund bei den mittleren Abschlüssen (die POS ist hier einbezogen) praktisch gleiche Werte aufweist wie die Gesamtbevölkerung ohne

Migrationshintergrund, bei der Hochschulreife sogar bessere. Allerdings gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Gruppen. Zuwanderer mit einem Hintergrund aus den Anwerbestaaten haben deutlich schlechtere formale Bildungsabschlüsse als andere.

Der Bildungsbericht 2012 kann heruntergeladen werden unter:
www.bildungsbericht.de

Von der Seite aus gelangt man auch zu den zusätzlichen Tabellen und Schaubildern.



Ein Beispiel, das Gewerkschaft lebt

Wenn von Migration die Rede ist, geht es zumeist um Anwerbung, Aufenthaltsstatus, Prozentzahlen oder andere rechtliche und technische Fragen. Hinter den Daten stehen Menschen. Migration hat ein Gesicht. Und diejenigen Migrantinnen und Migranten, die sich gewerkschaftlich engagieren, geben den Gewerkschaften ein Gesicht. Einige von ihnen möchten wir in loser Reihenfolge vorstellen.

Fazilet Karakas-Blutte

Seit Mai 2012, also noch ziemlich frisch, ist Fazilet Karakas-Blutte Personalratsvorsitzende bei der Stadtverwaltung in Kassel. Frisch in der Gewerkschaftsarbeit und in der Interessenvertretung ist sie freilich nicht. Im Jahr 2000 wurde sie das erste Mal in den Personalrat gewählt, dann 2004, 2008 und schließlich 2012. Freigestellt ist sie seit 2006.

So gesehen ist das eine eher normale Karriere von Menschen, die sich gewerkschaftlich engagieren und für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Auch begonnen hatte ihre Gewerkschaftsarbeit so, wie man das von vielen kennt. Ihr Vater war IG-Metall-Mitglied, Gewerkschaft für sie also kein Fremdwort.

Als sie 1985 ihr Studium der Sozialpädagogik und Sozialarbeit abgeschlossen hatte und bei der Stadt als Sozialarbeiterin anfing, hat ihr irgendjemand sehr schnell ein Beitrittsformular für die Gewerkschaft hingelegt. „Unsere Sozialarbeiter bei der Stadt waren sehr gut organisiert“, erzählt sie, „und dann ist es normal, dass man sofort angesprochen wird. Ich bin auch sofort eingetreten.“

Niemand nennt sie übrigens Fazilet, alle reden sie mit ihrem Spitznamen Aydan an. Das habe sich seit ihrer Kindheit so ergeben, sagt sie.

Neben der normalen Interessenvertretung widmet sich Aydan der Tarifpolitik. Sie ist Mitglied in der Bundestarifkommission von ver.di.

Aydan ist also ein Beispiel dafür, dass Gewerkschaft lebt und Interessenvertretung funktioniert. Dass sie einen Migrationshintergrund hat, ist an dieser Stelle eher unerheblich. „Ich war nie in einem gewerkschaftlichen Arbeitskreis zum Thema Migration“, berichtet Aydan. „Auch auf politischer Ebene habe ich mich nie auf diesem Gebiet engagiert. Ich habe mich zum Beispiel nie darum bemüht, in den Ausländerbeirat zu kommen. Ich wollte in die deutschen Strukturen reinkommen, um da etwas zu verändern.“

Die Familiengeschichte Aydans ist eine klassische Anwerbegeschichte. Ihr Vater kam 1963 als so genannter Gastarbeiter nach Kassel. Ein Jahr später folgten Aydan, ihr Bruder und ihre Mutter.

Das Leben in zwei Kulturen hat weniger Aydans gewerkschaftliches als berufliches Leben geprägt. Nach dem Examen hat sie als Sozialarbeiterin zunächst mit türkischen Mädchen gearbeitet und türkische Familien beraten.

Später wechselte sie in die Schulsozialarbeit. Da ist ihr dann noch einmal deutlich vor Augen geführt worden, wie das dreigliedrige Schulsystem Kinder aus sozial schwachen Familien benachteiligt. Aydan: „Wenn diese Kinder nicht gefördert werden – egal ob deutsche oder türkische Kinder – haben sie in diesem Schulsystem verloren.“

Hier verbindet sich dann beides, die Sozialarbeiterin und die Gewerkschafterin.

 Die hier veröffentlichte Fassung des Porträts ist stark gekürzt. Der Text kann in voller Länge im Internet nachgelesen werden:

www.migration-online.de/portraet_aydan

Lob und konkrete Vorschläge

UN-Menschenrechtsausschuss: Staatenbericht Deutschland

Anfang November 2012 veröffentlichte der UN-Menschenrechtsausschuss (HRC), seinen 6. Staatsbericht für Deutschland.

Der HCR ist ein unabhängiges 18-köpfiges Gremium, das die Einhaltung des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ von 1966 überwacht. Dieser Pakt garantiert die grundlegenden Menschenrechte. Der HRC prangert als Quasi-Justizorgan weltweit Menschenrechtsverletzungen an und ging 2006 aus der UN-Menschenrechtskommission hervor.

Der Bericht des Ausschusses, mit dem Titel „Concluding observations on the sixth periodic report of Germany“, findet lobende Worte für die Umsetzung der Gleichbehandlungsrichtlinie in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Doch müsse verhindert werden, dass die „Wohnungsmarktklausel“ von Vermietern missbraucht wird, um ethnische Minderheiten oder Migranten zu diskriminieren.

Der Schutz vor Diskriminierung müsse ausgebaut werden. Eine Möglichkeit ist dabei die vom Ausschuss geforderte Ausweitung der Befugnisse der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Diese solle Einzelbeschwerden aufgreifen und vor Gericht

bringen dürfen. Auch solle Flüchtlingen aufschiebender Rechtsschutz gewährt werden, wenn sie zur Durchführung ihres Asylverfahrens in einen anderen EU-Staat oder ein so genanntes sicheres Drittland überstellt werden.

Die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Beate Rudolf, „begrüßt die konkreten Empfehlungen“.

 Der Bericht kann im Netz heruntergeladen werden unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICCPR/iccpr_state_report_germany_6_2010_cobs_2012_en.pdf

11. bis 24. März 2013

Internationale Wochen gegen Rassismus

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr vom 11. bis 24. März statt. Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen und Einrichtungen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Das Materialheft ist bereits erschienen. Unter der Überschrift „Wie es ist! – Realitäten von Rassismus“

werden in mehreren Beiträgen verschiedene Seiten deutschen Alltags beleuchtet. In einem weiteren Kapitel werden – so der Titel – „Strategien zur Überwindung von Rassismus“ behandelt. Schließlich liefert das Materialheft Daten und Fakten zu Asyl und Migration sowie weitere Informationen.

 Das Heft sowie weitere Materialien können heruntergeladen werden unter:

www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de





Die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern

© Kay Herschelmann



Kommentar von Marianne Demmer, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

„Deutschland hat inzwischen ein Eigeninteresse, die Potenziale der Zuwanderer im Land zu heben.“ so Staatsministerin Maria Böhmer in einem Interview mit der österreichischen Zeitung Die Presse. Vermutlich ungewollt hat sie damit preisgegeben, weshalb es bisher an der gründlichen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln eher gehapert hat. Das „Eigeninteresse“ der deutschen Mehrheitsgesellschaft, „die Potenziale der Zuwanderer im Land zu heben“ hat offenbar bisher gefehlt. Denn das gibt es nach Böhmer erst „inzwischen“. Historisch korrekt müsste es heißen, es gibt es „inzwischen wieder“.

Eigeninteresse an Zuwanderung hat es mit Unterbrechungen in der Geschichte Deutschlands immer wieder gegeben. Der Exportweltmeister importiert gerne Arbeitskräfte, für die andere Gesellschaften

die Ausbildungskosten getragen haben. Waren es in den sechziger/siebziger Jahren neben den Akademikern aus der DDR die billigen und willigen Arbeitskräfte für die ungeliebten schweren Arbeiten, so sind es heute die gut ausgebildeten Pflegekräfte und Ingenieure aus Spanien und Griechenland, denen der Weg in den deutschen Arbeitsmarkt offensteht. Bei ihnen reicht ein Sprachkurs als Integrationsmaßnahme, bei den Kindern und Jugendlichen, die nach Deutschland einwandern oder hier geboren sind, muss bedeutend mehr getan werden.

Beginnen will ich mit etwas Grundsätzlichem. Kinder und Jugendliche und ihre Eltern wollen zuallererst als Menschen wahrgenommen und wertgeschätzt werden und nicht nur als Arbeitskräfte, die gering geschätzt werden, sobald ihr wirtschaftlicher Nutzen infrage steht. Wer sich ausgegrenzt und nicht akzeptiert fühlt, braucht viel Energie, um mit dieser Kränkung fertig zu werden, Energie, die für konzentriertes Lernen fehlt.

Lehrerinnen und Lehrer, die in ihren Schülerinnen und Schülern vorrangig Kinder und Jugendliche mit einem eigenen Menschenrecht auf Bildung sehen und sie nicht primär als „Gastarbeiterkinder, die ja doch wieder in ihre Heimat zurückkehren“ oder gar als „Wirtschaftsflüchtlinge mit kriminellen Neigungen“ kategorisieren, erleben diese jungen Menschen als hoch motiviert und lernwillig. Und auch die meisten Eltern mit Migrationshintergrund wissen um die Bedeutung guter Bildung und Bildungsabschlüsse.

Migranten-Eltern werden seitens der Politik gerne dafür in die Pflicht genommen, dass ihre Kinder „ordentlich Deutsch lernen“. „Am Küchentisch“ soll

Deutsch gesprochen werden! – ohne zu fragen, ob die Eltern selbst eigentlich der deutschen Sprache mächtig sind. Immer noch hat es sich nicht überall herumgesprochen, dass Sprachbildung eine vorrangige Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist. Dies gilt für alle Kinder, nicht nur für solche mit Migrationsgeschichte. Ob die in letzter Zeit begonnenen Sprachfördermaßnahmen in den Kitas wirksam sind, ist bislang noch unklar. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass konzentrierte Sprachbildung auch in den Schulen weitergeführt werden muss – und zwar bis zum Ende der Schulpflicht. Das Erlernen der „Schulsprache“ ist mitnichten am Ende der Grundschule abgeschlossen – auch wenn das früh selektierende Schulsystem in Deutschland zu diesem verbreiteten Irrglauben verleitet.

Unzureichende Sprachkenntnisse sind auch der Hauptgrund, dass überproportional viele Jungen mit ausländischen Wurzeln in Sonderschulen landen und viele intelligente Kinder die Empfehlung zum Gymnasium nicht erhalten oder dort scheitern. Solange dieses Schulsystem besteht und den jungen Menschen notwendige Entwicklungszeit vorenthält, muss umso mehr in die Ausbildung der Lehrkräfte und in gute Lernbedingungen wie kleine Klassen investiert werden. Nur so ist die notwendige individuelle Unterstützung möglich.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt
Layout/Satz: ideeal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Feiertage

Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen und Kulturen im Januar begangen. Interkultureller Kalender 2013

01.01. Beschneidung Christi (christlich)

Der 1. Januar ist ein Gedenktag verschiedener christlicher Konfessionen. Nach jüdischer Tradition wurde Jesus am achten Tag seines Lebens beschritten, was als Argument galt, dass Jesus menschlich ist.

06.01. Heilige Drei Könige (katholisch)

Der 6. Januar ist ein Hochfest der katholischen Tradition, das der drei Weisen aus dem Morgenland gedankt, die dem Stern nach Bethlehem folgten, um Jesus zu huldigen. In einigen Bundesländern ist es ein gesetzlicher Feiertag. Traditionell gab es im deutsch-

sprachigen Raum den Brauch des Dreikönigssingen, aus dem die Sternsinger hervorgegangen sind.

14.–15.01. Pongalfest (Tamilen)

Ein Erntedankfest. Pongal ist auch ein süßes Reisgericht, das an diesem Tag gekocht wird. Wichtig ist dabei, um Wohlstand anzudeuten, dass das Gericht überkocht.

23.–24.01. Mohammeds Geburtstag (islamisch)

Seit dem Mittelalter sind Umzüge überliefert, die zu Ehren des Geburtstags des Propheten veranstaltet werden, dabei werden Hymnen gesungen. Es wird besonders Mohammeds Leben und seine besondere Stellung im Islam in den Vordergrund gerückt. Doch nicht alle Strömungen des Islam feiern diesen Tag.

GEFÖRDERT DURCH

